



Berlin, 5. November 2007

**Änderungsanträge zum CDU-Grundsatzprogramm
des Bundesvorstandes der
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
zum 21. CDU-Bundesparteitag vom 2. bis 4. Dezember 2007 in Hannover**

Nr. 7

Änderungsantrag 1

Textziffer 13

Zeile 177

Änderungsvorschlag: Änderung des letzten Satzes Zeile 177:

Neu:

„Die materiellen Grundlagen der Freiheit sind unter Beachtung der Regeln der Subsidiarität zu sichern.“

Alt:

169 13. Recht sichert Freiheit, indem es die personale Würde des Men-
170 schen schützt. Es regelt das geordnete und friedliche Zusammenle-
171 ben der Menschen. Einschränkungen der Freiheit sind zulässig, so-
172 weit sie zur Wahrung der Freiheit erforderlich sind. Die Verwirkli-
173 chung der Freiheit bedarf der sozialen Gerechtigkeit. Die Verhält-
174 nisse, unter denen der Mensch lebt, dürfen der Freiheit nicht im
175 Wege stehen. Jeder muss die Chance auf ein selbstbestimmtes Le-
176 ben haben. Leistung und Eigentum müssen geachtet und geschützt
177 sein. Die materiellen Grundlagen der Freiheit sind zu sichern.

Begründung:

Ohne den Hinweis auf die Subsidiarität kann der Satz als Forderung eines bedingungslosen Grundeinkommens verstanden werden.

Änderungsantrag 2

Textziffer 27

Zeilen 284 bis 290

Änderungsvorschlag: Texteinfügung Zeile 286 nach „zu bewältigen.“

Neu:

„Die CDU-Deutschlands stellt sich neuen Herausforderungen im Wissen um den Wert des zu Bewahrenden. Die CDU ist in diesem Sinne die einzige konservative Partei in Deutschland. Ausgehend von der Bewahrung der Schöpfung in Bindung an die fundamentalen moralischen Werte unserer Gesellschaft erneuern wir das Land dort, wo Erneuerung Verbesserung bedeutet.“

Alt:

284 27. Die geistigen Grundlagen unserer christlich demokratischen
285 Union befähigen uns, die Herausforderungen von Gegenwart und
286 Zukunft zu bewältigen. [zusätzl. Text]Politik kann gerade in Zeiten des Umbruchs
287 Rahmenbedingungen schaffen, die in Gesellschaft und Staat Kräfte
288 zur Beantwortung drängender Fragen freisetzen. Unsere Politik für
289 Deutschland zielt auf eine Gesellschaft, die Jedem Freiheit sichert
290 und alle im Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit verbindet.

Änderungsantrag 3

Textziffer 40

Zeilen 443

Änderungsvorschlag: Satzstreichung Zeile 443 „Wenn sich grenzenloser..... in Gefahr.“, ersetzen durch neuen Textvorschlag.

Neu:

„Die Forschung muss sich dabei der Achtung vor der Schöpfung und der Wahrung der Menschenwürde bewusst sein.“

Alt:

440 40. Neue technologische Entwicklungen führen den Menschen an
441 ethische Grenzen. So tragen biomedizinische und gentechnische
442 Forschung wesentlich zur Heilung von Krankheiten und Linderung
443 von Leid bei. Sie bergen aber zugleich Risiken: ~~Wenn sich gren-~~
444 ~~zenloser Erkenntnisdrang und gewissenlose Vermarktung verbin-~~
445 ~~den, sind Schöpfung und Menschenwürde in Gefahr.~~ Auch die Frei-
446 heit der Forschung hat die Unantastbarkeit der Würde des Men-
447 schen zu achten.

Änderungsantrag 4

Textziffer 63

Zeilen 699 bis 700

Änderungsvorschlag: Satz streichen Zeile 699 bis 700 „Deshalb wollen wir ... ausbauen.“, ersetzen durch neuen Textvorschlag.

Neu:

„Deshalb wollen wir die Prävention zu einem primären Bestandteil aller Bereiche des Gesundheitswesens ausbauen.“

Alt:

695 63. Ein neues Verständnis einer Gesellschaft des langen Lebens
696 wollen wir für die Gesundheitspolitik. Gesundheitspolitik in einer
697 alternden Gesellschaft kann nicht nur bedeuten, das Leben mit Hilfe
698 der Hochleistungsmedizin zu verlängern, sondern auch die Lebens-
699 qualität zu verbessern. Deshalb wollen wir die Prävention zu einer
700 eigenständigen Säule im Gesundheitswesen ausbauen.

Begründung:

Prävention darf nicht zu einer bürokratischen Parallelverwaltung verkommen, sondern muss in allen Bereichen des Gesundheitswesens integrativ wirksam werden. Prävention muss mit Einsicht in zu wandelnde Lebensgewohnheiten und Belohnung durch finanzielle Anreize gekoppelt werden. Nur dann werden die Menschen direkt erreicht und nicht durch uneffektive Giesskannen-Pflichtveranstaltungen.

Änderungsantrag 5

Textziffer 139

Zeilen 1418 bis 1421

Änderungsvorschlag: Satzstreichung Zeile 1418 bis 1421 „Die CDU lehnt ... Zeit findet.“, ersetzen durch neuen Textvorschlag.

Neu:

Die CDU lehnt sozialistische und andere Spielarten des Kollektivismus ab. Auch ein "Manchester-Kapitalismus", der allein auf den Markt setzt, ist keine Antwort auf die Lösung der sozialen Fragen unserer Zeit. Wie sehr wir liberalem und sozialem Denken verbunden sind, zeigt die Selbstverständlichkeit, mit der wir die verfassungsrechtliche Gewährung von Grundrechten, die Sicherung des Rechtsstaates, die Sozialstaatsgarantie oder die Gemeinwohlbindung gesellschaftlicher Macht als unverzichtbare Teile unserer Wertordnung betrachten.

Alt:

1415 139. Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Sie hat mit
1416 Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft in der Nachkriegszeit
1417 gegen vielfache Widerstände durchgesetzt und die Bundesrepublik
1418 Deutschland mit ihr erfolgreich gemacht. ~~Die CDU lehnt kollektivistische Ansätze genau so ab wie einen Liberalismus, der allein auf~~
1419 ~~den Markt setzt und aus sich heraus keine Lösung der sozialen Fra-~~
1420 ~~gen unserer Zeit findet.~~ **[neuer Text]** Die Soziale Marktwirtschaft bleibt auch im
1422 wiedervereinigten Deutschland und im Zeitalter der Globalisierung
1423 unser Leitbild.

Änderungsantrag 6

Textziffer 145

Zeilen 1481-1486

Änderungsvorschlag: Streichung des vorletzten und letzten Satzes Zeile 1481 bis Zeile 1486, ersetzen durch neuen Textvorschlag.

Neu:

„Dazu gehört auch die Berücksichtigung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Weitblickende Unternehmen wissen, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, die Gleichstellung von Mann und Frau auf allen Ebenen zu fördern.“

Alt:

1478 145. Wer unternehmerisch handelt, übernimmt Verantwortung. Das
1479 gilt für die geschäftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen, ge-
1480 genüber Umwelt und zukünftige Generationen und ganz unmittelbar
1481 gegenüber Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und ihren Familien. Dazu
1482 gehört auch, dass Unternehmen die Gleichstellung von Mann und
1483 Frau auf allen Ebenen bis zu den höchsten Führungspositionen för-
1484 dern, sowie die Berücksichtigung des Prinzips gleicher Lohn für
1485 gleiche und gleichwertige Arbeit. Weitblickende Unternehmen wis-
1486 sen, dass dies in ihrem eigenen Interesse liegt.

Begründung:

Erfahrungsgemäß enden solche Appelle in Deutschland in dem Wunsch einer gesetzlichen Regelung. Unternehmen in die Auswahl des Führungspersonals reinreden zu wollen ist jedoch realitätsfremd. Mit ihrem Vermögen haftende mittelständische Unternehmer müssen ihr Spitzenpersonal nach betriebsspezifischen Kriterien auswählen und nicht nach gesellschaftlichen Vorgaben. Global tätige Großunternehmen reagieren auf solche Forderungen gegebenenfalls durch Verlagerung der Konzernspitze ins Ausland.

Textziffer 160

Zeilen 1633f.

Änderungsvorschlag: Textergänzung nach Zeile 1633

Neu:

„ Insbesondere werden die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft zunehmend durch eine wachsende Bürokratie gefährdet. Deshalb setzen wir uns für einen effizienten Bürokratieabbau ein, den wir unter Anwendung einer strengen Kosten/Nutzenbetrachtung bestehender und zukünftiger Gesetze erreichen wollen. Maßnahmen zum Bürokratieabbau, wie Normenkontrollräte und Mittelstands-Entlastungsgesetze dürfen nicht durch den Erlass einschlägiger Verwaltungsvorschriften konterkariert werden.“

Alt:

1626 3. Wirtschaft und Arbeit

1627 160. Viele Menschen haben in den letzten Jahrzehnten Vertrauen in
1628 die Soziale Marktwirtschaft verloren. Es entstand der Eindruck, dass
1629 sie zentrale wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme – allen
1630 voran die hohe Arbeitslosigkeit – nicht lösen kann. Nicht jedoch die
1631 Soziale Marktwirtschaft steht der Lösung dieser Probleme im Wege,
1632 sondern die oftmalige Verletzung ihrer Grundprinzipien. Durch die
1633 Globalisierung werden die Versäumnisse besonders deutlich.

Änderungsantrag 8

Textziffer 163

Zeile 1662

Änderungsvorschlag: Textergänzung Zeile 1662 hinter „Mittelständische Unternehmen,“

Neu:

„Freie Berufe“

Alt:

1654 **Mehr Wettbewerb, mehr Freiheit, mehr Teilhabe**

1655 163. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsstandorts lebt von
1656 der Dynamik seiner Unternehmen. Deutschlands Wirtschaft ist be-
1657 gründet auf einer jahrhundertealten Tradition des Handwerks, des
1658 Mittelstands, des Handels, der freien Berufe, der Industrie, einer gut
1659 ausgebildeten Facharbeiterschaft sowie einer wohnortnahen Ver-
1660 sorgung einerseits und leistungsstarken, global wettbewerbsfähi-
1661 gen und international erfolgreichen Unternehmen andererseits. Mit-
1662 telständische Unternehmen und Handwerksbetriebe sind das Rück-
1663 grat unserer Wirtschaft. Sie schaffen den Großteil der Ausbildungs-
1664 und Arbeitsplätze. Aufgabe des Staates ist es daher, gerade Exis-
1665 tenzgründer und kleine und mittlere Unternehmen durch optimale
1666 Rahmenbedingungen zu fördern. Mehr Markt bedeutet mehr Chan-
1667 cen für erfolgreiche Existenzgründungen. Wir wollen die Staats-
1668 quote senken, Bürokratie abbauen, das Arbeitsrecht flexibel und
1669 das Steuerrecht wettbewerbsfähig gestalten sowie die Bedingungen
1670 für die Unternehmensfinanzierung verbessern.

Begründung:

Freie Berufe sind neben den mittelständischen Unternehmen und dem Handwerk diejenigen, die flächendeckend und ortsnah Dienstleistungen für die Bürger gewähren und wegen der persönlichen Präsenz im Lande bleiben und keine Geschäfte ins Ausland verlagern. Zudem schaffen die Freien Berufe überproportional Ausbildungsplätze.

Änderungsantrag 9

Textziffer 174

Zeilen 1775 bis 1776

Änderungsvorschlag: Satzstreichung Zeile 1775 bis 1776 „Die CDU will ... beteiligen.“, ersetzen durch neuen Textvorschlag.

Neu:

„Die gemeinsam von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der CDU in Dresden auf dem Bundesparteitag beschlossene soziale Kapitalpartnerschaft auf freiwilliger Basis will den einzelnen Arbeitnehmer stärker am Gewinn und am Kapital seines Unternehmens beteiligen.“

Alt:

~~1775 174. Die CDU will den einzelnen Arbeitnehmer stärker als bisher am~~
~~1776 Erfolg und am Kapital der Unternehmen beteiligen. Dies eröffnet~~
1777 den Beschäftigten zusätzliche Einkommensquellen und schafft
1778 mehr Gerechtigkeit.

Textziffer 178

Zeile 1802

Änderungsvorschlag: Textergänzung nach Zeile 1802

Neu:

„Staatlich festgelegte Mindestlöhne lehnen wir ab, weil Sie Arbeitsplätze vor allem auch von gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gefährden“

Alt:

1800 178. Wir wollen in Deutschland keinen Wettbewerb um die niedrigs-
1801 ten Löhne. Sittenwidrige Löhne, die den ortsüblichen Branchenlohn
1802 deutlich unterschreiten, müssen deshalb verboten sein.

Textziffer 183

Zeilen 1836 bis 1838

Änderungsvorschlag: Satzteilstreichung Zeile 1836 bis 1838 „wir uns an zwei Grundsätzen ... nicht verletzen.“, ersetzen durch neuen Textvorschlag.

Neu:

„wir uns an drei Grundsätzen: Sie müssen das Prinzip der Eigenverantwortung stärken, dem Prinzip der Generationengerechtigkeit entsprechen und dürfen das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit nicht verletzen.“

Alt:

1835 183. Bei der Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme orientieren
1836 wir uns an zwei Grundsätzen: Sie müssen dem Prinzip der Genera-
1837 tionengerechtigkeit entsprechen und dürfen das Prinzip der Leis-
1838 tungsgerechtigkeit nicht verletzen. Ihre Abhängigkeit von der Er-
1839 werbsarbeit muss reduziert werden. Deshalb müssen soziale Si-
1840 cherheit und Erwerbsarbeit weiter entkoppelt sowie die Finanzia-
1841 rung auf breitere Basis gestellt werden. Unsere sozialen Siche-
1842 rungssysteme müssen unterschiedlichen Bedürfnissen, Lebens-
1843 phasen und Lebenslagen Rechnung tragen. Dabei müssen Grundri-
1844 siken zuverlässig für alle abgesichert sein. Die Bereitschaft und Fä-
1845 higkeit zur individuellen Vorsorge müssen gestärkt werden. In allen
1846 Sicherungssystemen müssen Wettbewerb, Transparenz, Effizienz,
1847 Kosten- und Verantwortungsbewusstsein und das Subsidiaritäts-
1848 prinzip gestärkt werden. Wir werden Missbrauch von sozialen Lei-
1849 stungen entschieden bekämpfen, denn er untergräbt die Solidarität.

Begründung:

In allen Bereichen der sozialen Sicherungssysteme muss das Primat der Eigenverantwortung an erster Stelle stehen. Nur in der Betonung der Subsidiarität liegt die Chance zur nachhaltigen Zukunftsfähigkeit und der Generationengerechtigkeit.

Änderungsantrag 12

Textziffer 184

Zeile 1854

Änderungsvorschlag: Textergänzung nach Zeile 1854 „... teilhaben können.“

Neu:

„Freie Arztwahl und freie Gesundheitsberufe gehören zum Kern eines freiheitlichen Gesundheitswesens.“

Alt:

1850 **Krankenversicherung**
1851 184. Die CDU will, dass auch in Zukunft jeder in Deutschland –
1852 unabhängig von Einkommen, Alter oder gesundheitlichem Risiko –
1853 eine gute medizinische Versorgung erhält und alle am medizini-
1854 schen Fortschritt teilhaben können.

Begründung:

Der einzufügende Satz stand im alten Grundsatzprogramm der CDU und ein Weglassen dieser Aussage könnte so gedeutet werden, dass die CDU die freie Arztwahl und die freien Gesundheitsberufe zugunsten einer sozialistischen Einheits- und Staatsmedizin opfern würde. Zu dem CDU-immanenten Bekenntnis zur persönlichen Freiheit gehört zwangsläufig die freie Arztwahl als Gegenpol zur sozialistischen Zuteilungsmedizin. Folgerichtig müssen auch die Rahmenbedingungen so geschaffen sein, dass sich freie Gesundheitsberufe patientennah in einem unsubventionierten Wettbewerb behaupten können.

Textziffer 185

Zeile 1858

Änderungsvorschlag: Textergänzung nach 1858 „... weiterentwickelt werden.“

Neu:

„Eine Neuordnung des Leistungskataloges wird stärker differenzieren müssen, welche Leistungen weiterhin aus gesundheits- und sozialpolitischer Sicht durch die gesetzliche Krankenversicherung übernommen werden, und in welchem Umfang Selbstbeteiligungen notwendig sind.“

Alt:

1855 185. Aufgrund des demografischen Wandels und des medizinischen
1856 und medizinisch-technischen Fortschritts müssen Struktur, Organi-
1857 sation und Finanzierung der gesetzlichen und der privaten Kran-
1858 kenversicherung zukunftsweisend weiterentwickelt werden. Eigen-
1859 verantwortung, Vorsorge und Prävention müssen weiter gestärkt,
1860 Effizienz- und Wirtschaftlichkeitsreserven ausgeschöpft sowie indi-
1861 viduelle Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsspielräume eröffnet
1862 werden.

Begründung:

Die gesetzliche Krankenversicherung in Deutschland umfasst einen weltweit unerreichten Leistungsstandard, der in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität und aus wahltaktischen Versprechen ständig erweitert wurde bzw. wird.

Wegen der bekannten demografischen Entwicklung und der sich ändernden Erwerbsbiografien ist dieser Umfang aus medizinischer Notwendigkeit und individuellen Wohlbefinden solidarisch nicht gesichert finanzierbar. Die Eigenverantwortung ist als Kern der Solidarität zu stärken.

Änderungsantrag 14

Textziffer 185

1860

Änderungsvorschlag: Textstreichung „Wirtschaftlichkeitsreserven“ Zeile 1860

Neu:

„Wirtschaftlichkeitspotenziale“

Alt:

1855 185. Aufgrund des demografischen Wandels und des medizinischen
1856 und medizinisch-technischen Fortschritts müssen Struktur, Organi-
1857 sation und Finanzierung der gesetzlichen und der privaten Kran-
1858 kenversicherung zukunftsweisend weiterentwickelt werden. Eigen-
1859 verantwortung, Vorsorge und Prävention müssen weiter gestärkt,
1860 Effizienz- und Wirtschaftlichkeitsreserven ausgeschöpft sowie indi-
1861 viduelle Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsspielräume eröffnet
1862 werden.

Begründung:

Wenn Reserven ausgeschöpft und verbraucht werden, ist ein System ausgezehrt und am Ende. Richtig ist, Potenzialbildungen zu ermöglichen und für alle Beteiligten im Gesundheitswesen optimal zu nutzen.

Änderungsantrag 15

Textziffer 186

Zeilen 1865 bis 1867

Änderungsvorschlag: Satz streichen Zeile 1865 bis 1867 „Die Prävention ... ausgebaut.“, ersetzen durch neuen Textvorschlag.

Neu:

Die Prävention wird verstärkt zu einer Querschnittsaufgabe in der Akutbehandlung, der Rehabilitation und der Pflege ausgebaut.

Alt:

1863 186. Es liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen, durch eine ge-
1864 sundheitsbewusste Lebensweise Krankheiten vorzubeugen und
1865 seine Gesundheit zu erhalten. Die Prävention wird deshalb zu einer
1866 eigenständigen Säule neben der Akutbehandlung, der Rehabilitation
1867 und der Pflege ausgebaut. Ein wichtiger Schritt zur Stärkung von
1868 Eigenverantwortung, Prävention und Gesundheitsförderung ist der
1869 Ausbau von Bonus-Modellen, Wahl- und Selbstbehalttarifen.

Begründung:

In den Bereichen Akutbehandlung, Rehabilitation und Pflege ist die Prävention noch stärker als bisher zu integrieren, statt eine Pseudoprävention mit reinem Verwaltungs- und Verteilungscharakter aufzubauen.

Änderungsantrag 16

Textziffer 187

Zeile 1872

Änderungsvorschlag: Textergänzung Zeile 1872 nach „Wettbewerb“

Neu:

„, insbesondere den Qualitätswettbewerb“

Alt:

1870 187. Um Qualität, Versorgungssicherheit und Finanzierbarkeit unse-
1871 res freiheitlichen und selbstverwalteten Gesundheitswesens zu er-
1872 halten, wollen wir den Wettbewerb stärken. Dafür müssen Leistun-
1873 gen und Kosten transparenter werden.

Begründung:

Wettbewerb allein als Preis- und Dumpingwettbewerb zu stärken ist fatal für die Gesundheit. Dumping hat Qualitätseinbußen zur Folge, diese Konsequenz ist im Sinne der Menschen nicht wünschenswert. Für eine Steigerung der Gesundheits- und Lebensqualität der Bürger ist ein Qualitätswettbewerb vorrangig.

Textziffer 204

Zeile 2001

Änderungsvorschlag: Textergänzung nach Zeile 2001

Neu:

„Wir wollen die gesetzliche Unfallversicherung zukunftssicher machen. Daher streben wir mehr Wettbewerb an. Ihre Leistungen und ihre Organisation sind im Hinblick auf ihre Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit hin zu reformieren. Dabei soll die gesetzliche Unfallversicherung auf ihre Kernaufgaben beschränkt werden. Die Selbstverwaltungsgremien müssen stärker den Finanzierungsbeitrag widerspiegeln. Mittelfristig und langfristig ist die gesetzliche Unfallversicherung als Pflichtversicherung durch eine Versicherungspflicht mit definierten Leistungen, die aber im Wettbewerb erbracht werden, zu ersetzen.“

Alt:

1994 Unfallversicherung

1995 204. Die gesetzliche Unfallversicherung übernimmt bei
1996 Arbeitssicherheit, Unfallverhütung und Gesundheitsschutz des
1997 Arbeitnehmers eine wichtige Rolle. Sie ist eine wesentliche Stütze
1998 von Prävention und Rehabilitation. Die selbstverwaltete gesetzliche
1999 Unfallversicherung muss sich künftig in ihren größeren Verantwor-
2000 tungsgemeinschaften noch stärker an wirtschaftlichen Kriterien
2001 messen lassen.

Textziffer 214

Zeile 2092

Änderungsvorschlag: Textergänzung in Zeile 2092 nach „... Steuerrecht schaffen.“

Neu:

Die Länder erhalten die grundgesetzlich abgesicherte Gesetzgebungskompetenz für die Erbschaftssteuer.

Alt:

2090 214. Wir wollen den Ländern mehr finanzielle Eigenverantwortung
2091 ermöglichen und dafür entsprechende Voraussetzungen im Steuer-
2092 recht schaffen. **[weiterer Satz]** Länder, die die Verschuldungsgrenzen der Verfas-
2093 sung und ihren Beitrag zum Erreichen der Maastricht-Kriterien nicht
2094 einhalten, müssen sich künftig einem Sanierungsprogramm unter-
2095 werfen.

Textziffer 218

Zeilen 2130 bis 2131

Änderungsvorschlag: Teilsatzstreichung Zeile 2130 bis 2131 „der jeweiligen Rechtsform ... gerecht werden.“, ersetzen durch neuen Textvorschlag.

Neu:

„rechtsformenneutral sein.“

Alt:

2123 218. Eine zukunftsweisende Unternehmensbesteuerung muss von
2124 dem Grundsatz ausgehen, dass Unternehmen in erster Linie Wirt-
2125 schäfts- und nicht Steuersubjekte sind. Sie muss die Steuerlast so
2126 gestalten, dass es sich lohnt, in unserem Land Betriebe zu gründen,
2127 Arbeitsplätze zu schaffen und in Forschung und Entwicklung zu
2128 investieren. Steuerpolitik ist auch Innovationspolitik. Sie muss
2129 Wettbewerbsneutralität gewährleisten, einfach und überschaubar
2130 sein und ~~der jeweiligen Rechtsform des Unternehmens gerecht~~
2131 ~~werden~~. Dabei müssen wir uns auf die zunehmende weltweite Ver-
2132 netzung der Volkswirtschaften einstellen.

Änderungsantrag 20

Textziffer 276

Zeile 2586

Änderungsvorschlag: Textergänzung Zeile 2586 vor „haben unser Land“

Neu:

„Diese Werte und die christlichen Kirchen“

Alt:

2584 276. Wir bekennen uns in der Präambel des Grundgesetzes zur Ver-
2585 antwortung vor Gott und den Menschen. Das Grundgesetz beruht
2586 auf Werten, die christlichen Ursprungs sind. Sie [**zusätzl. Text**] haben unser Land
2587 und unsere Gesellschaft grundlegend geprägt. Sie im Bewusstsein
2588 zu halten, zu bewahren und ihnen Geltung zu verschaffen, verste-
2589 hen wir als eine vorrangige Aufgabe von Staat und Bürgern. Christ-
2590 liche Symbole müssen im öffentlichen Raum sichtbar bleiben. Sie
2591 sind ebenso zu schützen wie die christlich geprägten Sonn- und
2592 Feiertage.